



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
44. Sitzung des Werkausschusses EBL

Sitzungstermin:	Donnerstag, 16.11.2017	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:00 Uhr	
Sitzungsort:	Kantine Entsorgungsbetriebe Lübeck, Malmöstraße 22, Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Henri Abler - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Harald Quirder - SPD		
Dr. Michaela Blunk - FDP	Vertretung für: Herrn Thomas Rathcke	
Gerhard Burmester - SPD	Vertretung für: Herrn Peter Reinhardt	
Martin Kucharzik - CDU	Vertretung für: Herrn Ulrich Krause	
Rüdiger Longuet - CDU	Vertretung für: Herrn Dirk Freitag	
Claus Schaaferberg - Bü90/DIEGRÜNEN	Vertretung für: Frau Silke Mählenhoff	
Dieter Rosenbohm - BfL		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Günter Büttner - CDU		
Antje Jansen - grün+alternativ+links (GAL)	Vertretung für: Herrn Dr. Volker Koß	
Klaus Hinrich Rohlf - CDU		
Lars Ulrich - BfL		
Verwaltung		
Wolf -Dieter Barteck		BC
Ingo Beutler		EBL - SBV
Martin Greggersen		EBL
Senator Ludger Hinsen		FB3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung
Dr. Olga Koop		FBC FB3
Tino Martsch		EBL

Matthias Pommer	EBL - PR SRL u. SBV
Manfred Rehberg	EBL - Spartenleiter Stadtreinigung
Stefan Schmedemann	EBL
Ingo Stahlkopf	EBL - PR
Cornelia Tews	EBL
Enno Thyen	EBL - Spartenleiter Stadtentwässerung
Dr. Jan -Dirk, Verwey	EBL - Direktor
Erhard Wilcken	EBL - GF WA
Protokollführung	
Kerstin Köneke	EBL
Gäste	
3 Bürger	nur öffentl. Teil
Kai Dordowsky	LN - nur öffentl. Teil
Herbers	BDO - bis TOP 5.1
Prill	BDO - bis TOP 5.1
Brigitte Ziebell	CDU
Sonstige Personen	
Inge Hennig - Senoierebeirat	Seniorenbeirat, nur öffentl. Teil
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bruno Böhm - FREIE WÄHLER&DIE LINKE	fehlt
Dirk Freitag - CDU	fehlt entschuldigt
Ulrich Krause - CDU	fehlt entschuldigt
Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN	fehlt entschuldigt
Thomas Rathcke - FDP	fehlt entschuldigt
Peter Reinhardt - SPD	fehlt entschuldigt
Frank Zahn - SPD	fehlt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Volker Koß - grün+alternativ+links (GAL)	fehlt entschuldigt
Thomas Wiese - SPD	fehlt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
3.	Feststellung der Niederschrift der 43. Sitzung des Werkausschusses am 12.10.2017 - öffentlicher Teil
4.	Mitteilungen
4.1.	Mitteilungen der Fachbereichsleitung
4.2.	Mitteilungen der Werkleitung
4.2.1.	Baum- und Strauchabfuhr
4.2.2.	Winterdienst
5.	Vorlagen
5.1.	Jahresabschluss der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Jahr 2016 - Vorlage mit Anlage wird nachgereicht Vorlage: VO/2017/05450
5.2.	3. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck vom 1. Dezember 2014 und Neufassung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung mit Wirkung 01.01.2017 Vorlage: VO/2017/05433
6.	Berichte
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7.1.	Antrag der Fraktion BfL - Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger bei der Straßenreinigungsgebühr - VO/2017/05295 Vorlage: VO/2017/05470
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern
9.	Verschiedenes
15.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Sitzung verpflichtet der Vorsitzende durch Handschlag Herrn Claus Schaafberg nach § 46 Abs. 6 GO Schl.-H. auf die gewissenhafte Erfüllung der Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16.35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Weiterhin begrüßt der Vorsitzende zum TOP 5.1 die Herren Herbers und Prill von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO.

zu 2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung unter Zuordnung der als vertraulich zu behandelnden Tagesordnungspunkte für den nichtöffentlichen Teil.

zu 3 Feststellung der Niederschrift der 43. Sitzung des Werkausschusses am 12.10.2017 - öffentlicher Teil

Der Ausschuss stellt die Niederschrift Nr. 43 vom 12.10.2017 (öffentlicher Teil) durch einstimmigen Beschluss fest.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

keine

zu 4.2 Mitteilungen der Werkleitung

Herr Dr. Verwey informiert über den am 25.11.2017 stattfindenden EBL-Flohmarkt in der Malmöstraße.

zu 4.2.1 Baum- und Strauchabfuhr

Herr Dr. Verwey lässt Frau Tews die Informationen zur diesjährigen Baum- und Strauchschnittabholung präsentieren. Termine dazu konnten per Mail oder online vom 23.10. – 24.11.2017 bestellt werden. Diesen Herbst sind 96 t angefallen aus 1074 Haushalten. Inklus-

sive der Menge aus dem Frühjahr sind 2017 dann 171 t angefallen. Es sind immer die gleichen Haushalte, die eine Abholung anmelden.

zu 4.2.2 Winterdienst

Herr Martsch informiert anhand einer Präsentation über den Winterdienst. Auch dieses Jahr sind die EBL – soweit möglich – gut vorbereitet zusammen mit dem Bereich Stadtgrün und Verkehr. Die Fahrzeuge sind geprüft und einsatzbereit. Der Umwelt zuliebe wurden die Streueinrichtungen kalibriert. Diesen Winter wurden bereits 3 Brückeneinsätze gegen Glätte gefahren. Die Lager (Kücknitz, Travemünde und Malmöstraße) sind mit 1.200 t Salz gefüllt sowie mit Tongranulat, das an den Bushaltestellen verwendet wird. Die Schneefangzäune werden ebenfalls wieder aufgestellt.

Herr Schaaferberg fragt nach Ersatzalternativen für das Streusalz. Herr Martsch führt aus, dass der wohldosierte Salzeinsatz zurzeit noch alternativlos sei. Im Winter 1986 wurde die „Salz-Nulllösung“ ausprobiert mit dem Ergebnis, dass der Verkehr zum Erliegen kam und im Frühjahr 1987 so viel Sand aufzufegen war, dass Lübeck eingestaubt wurde.

Herr Schaaferberg hält zudem Hecken für die bessere Alternative als Schneefangzäune. Dem stimmt Herr Martsch zu; aber auf die Landwirte habe man keinen Einfluss. Allerdings gibt es am Schanzenberg/Blankensee einen Landwirt, der zur Heckenpflanzung wieder übergegangen sei.

Frau Jansen fragt nach der Vorgabe, dass in Lübeck kein Salz mehr verwendet werden solle bzw. nach dem geplanten Verbot zum Salzverkauf. Herr Martsch bezieht sich nochmals auf die o.a. erwähnten schlechten Erfahrungen und dass daraufhin beschlossen worden sei, dass der Salzeinsatz auf den Straßen unumgänglich sei; auf Geh- und Radwegen kommen nur abstumpfende Mittel zum Streueinsatz (s. Satzung).

Herr Dr. Verwey führt noch die langfristige Perspektive zur Winterdienstentwicklung in Schleswig-Holstein aus (Bungsberg als Beispiel). Die Winter 2010, 2012, 2013 waren sehr intensiv. Die Jahre 2015, 2016 waren entspannter. Insgesamt sind die Aussichten ungewiss.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Jahresabschluss der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Jahr 2016 - Vorlage mit Anlage wird nachgereicht Vorlage: VO/2017/05450

Der Jahresabschluss wird anhand einer Präsentation vorgestellt. Dazu geben die verantwortlichen Wirtschaftsprüfer von der BDO - Herr Herbers zum formellen Teil und Herr Prill zum Zahlenwerk - detaillierte Ausführungen. Anschließend beantworten sie ausführlich den Herren Schaaferberg, Kucharzik und Burmester diverse Fragen.

Herr Barteck (BC) und Herr Dr. Verwey beantworten Fragen zur Rücklage für kalkulatorische Einnahmen.

Fazit: Seitens der BDO wurden keine Beanstandungen oder Differenzen gefunden. Der Lagebericht vermittelt ein richtiges Bild. Es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk an die EBL erteilt.

Die anschließende Frage von Herr Quirder bzgl. der Deponieverfüllung wird von Herrn Dr. Verwey beantwortet.

Herr Ulrich weist darauf hin, dass auf Seite 9 des Berichts Herr Klix fälschlicherweise als BfL-Mitglied aufgeführt sei.

Herr Prill und Herr Herbers verlassen die Sitzung um 18.03 Uhr.

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2016 der Entsorgungsbetriebe Lübeck wird

mit einer Bilanzsumme zum 31.12.2016 von	EUR	480.094.341,87
mit einer Summe der Erträge von	EUR	103.506.169,05
mit einer Summe der Aufwendungen von	EUR	88.902.274,92
und einem Jahresüberschuss von	EUR	14.603.894,13

festgestellt.

Der Jahresüberschuss von EUR 14.603.894,13 wird in die Bilanzposition Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 5.2 3. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck vom 1. Dezember 2014 und Neufassung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung mit Wirkung 01.01.2017
Vorlage: VO/2017/05433

Herr Senator Hinsen stellt zu Beginn der Diskussion klar, dass an dieser Stelle nicht von einer Entlastung gesprochen werde. Grundsätzlich sei ein Strukturmodell zu diskutieren. Es gehe um eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Gebühren- und Steuerzahlern. In die Grundlage der Vorlage wurde bereits sehr viel Arbeit seitens der EBL und des Werkausschusses gesteckt. Es haben drei Sitzungen/Beratungen dazu stattgefunden. Anregungen aus dem Werkausschuss wurden mit aufgenommen.

Auch wurde mit den Interessensverbänden in zwei Terminen gesprochen, um ein größtmögliches Einvernehmen sicherzustellen und um ihnen unser Modell zu erörtern. In der Diskussion wurde klar der Wunsch nach einer höheren städtischen Beteiligung geäußert.

Wegen des derzeitigen Überschusses (aus den letzten mildereren Winter) bestehe eine gute Ausgangslage. Dies könne aber nicht fest für die Zukunft prognostiziert werden und werde sich je nach Wetterlage ändern.

Zur Frage, wer etwas zurückgezahlt bekommen soll, werde vorgeschlagen, dass die neu zu beschließende Satzung auf alle angewendet werden soll.

Herr Senator Hinsen ist nach wie vor der Auffassung, dass das OVG-Urteil allein nicht dazu führen würde, dass alle Geld zurückerhalten (sondern nur die Kläger). Die herrschende Situation ergebe aber, dass der eingenommene Überschuss an die Gebührenzahler gehe, die diesen auch aufgebracht haben.

Deshalb sei die neue Satzung auf alle Bürger anzuwenden und nicht nur auf die Kläger.

Dieser Vorschlag wird der Runde zur Diskussion gestellt. Hinweis: Diese pauschale Handhabung würde auch den Verwaltungsaufwand deutlich minimieren.

Herr Quirder erinnert, dass er bereits vor zwei Sitzungen darauf hingewiesen habe, dass die juristische Entscheidung nicht unbedingt dem Gerechtigkeitsempfinden entspreche. Das müsse auch die Politik wahrnehmen. Deshalb begrüße er diesen Vorschlag.

Hinweis: Aus einer Bauausschusssitzung sei ihm zugetragen worden, dass ein Normenkontrollverfahren geplant werde. Er fragt, ob dieses bekannt sei; Herr Senator Hinsen und Herr Dr. Verwey verneinen.

Herr Rohlf spricht eine an Herrn Senator Hinsen übergebene Vorlage an bzgl. des hohen Allgemeininteresses einiger Straßen. Herr Senator Hinsen teilt mit, dass dieser Vorschlag von der CDU angenommen worden sei. Er bitte aber, diesen Antrag nicht zu stellen, solange die Vergangenheit noch nicht abgearbeitet sei, um auf der rechtlich sicheren Seite zu bleiben.

Die CDU wird diesen Vorschlag über das Protokoll (**s. Anlage**) dem Ausschuss zur Verfügung stellen. Herr Senator Hinsen weist darauf hin, dass 2018 neu diskutiert werden müsse (inkl. diesem Modell über die Satzung ab 2019). Herr Rohlf erklärt sich damit einverstanden.

Herr Burmester stimmt dem auch zu. Weist aber darauf hin, dass es eine ausführliche, gute Begründung zur Entscheidung geben müsse. Zudem müsse die Stadt sich noch äußern, ob sie diesen öffentlichen Anteil überhaupt zahlen wolle.

Herr Senator Hinsen bezeichnet diese Anmerkungen als durchaus gerechtfertigt und teilt mit, dass der Senat sich bereits über die Kosten beraten habe; diese sollen vorher mit im Haushaltsentwurf der HL 2018 mit eingeplant werden.

Frau Jansen sowie Herr Ulrich begrüßen ebenfalls die Gleichbehandlung aller Bürger.

Herr Schaafberg gibt den warnenden Hinweis, dass diese allgemeine Rückzahlung auch eine entsprechende Anspruchshaltung bei den Bürgern fördern würde. Frau Blunk führt aus, dass sich deshalb mit der Diskussion hierzu schwer getan wurde, weil ja Recht bestehe. Bezüglich des Beschlusses muss ausdrücklich klargestellt werden, dass es sich um eine singuläre Entscheidung handle. Verwaltung und Politik müssen künftig die Bürger mehr zwischeninformieren (z.B. auf Klagerecht), auch wenn dann mit einer Klageschwemme zu rechnen sei.

Anschließend stellt Herr Dr. Verwey das vorgeschlagene Modell anhand einer Präsentation vor und gibt Ausführungen zu Ziel, Aufgaben, Kalkulationsgrundlagen, Kalkulationsergebnisse, Gebührensätze/Reinigungsklassen sowie Auswirkungen auf den Haushalt der HL 2015 – 2018. Fazit: Die Stadt wird dauerhaft das höhere Allgemeininteresse finanzieren müssen. Herr Dr. Verwey zeigt auf den Abgleich mit den Forderungen aus der Urteilsbegründung, die Kalkulationszeiträume (ab 2019 neu zu diskutieren). Dazu führt er noch die Abstimmung mit den Klageparteien und die Sichtweise der Interessenverbände aus. Die Auswirkungen der Vorschläge der Verbände stellt er mit Modellrechnungen vor. Einigkeit bestehe darüber, dass das Thema rechtlich komplex sei.

Herr Dr. Verwey weist auf die in der Sitzung zur Einsichtnahme ausliegende Gebührenkalkulation hin und bietet im Vorfeld der Sitzung der Bürgerschaft am 30.11.2017 den Fraktionen weitere Erläuterungen an.

Herr Schaafberg fragt nach, wie viele Überstunden für die Bescheiderstellungen anzusetzen seien. Herr Dr. Verwey teilt mit, dass diese von der Hansestadt Lübeck (Bereich Steuern) veranlagt und erhoben werden. Herr Senator Hinsen informiert, dass die städtische Software bei der geplanten einheitlichen Umsetzung dazu in der Lage sei.

Resümee: Herr Dr. Verwey begrüßt, dass der Rechtsstreit nunmehr mit einer Gebührensenkung auf breiter Front beendet werden soll. Alle Zeiträume wurden abgerechnet. Mit dieser Kalkulation sind alle Perioden bis 2016 abgeschlossen und man hat eine saubere Vorlage für die Zukunft. Das hält Herr Dr. Verwey für eine ausgewogene Lösung, bei der es keine Verlierer gäbe.

Herr Barteck verlässt die Sitzung um 18.44 Uhr.

Beschluss:

Die 3. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung in der Fassung der Anlage 2 sowie die Neufassung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung in der Fassung der Anlage 3 in Verbindung mit dem Straßenverzeichnis (Anlage 3a) werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Enthaltungen: 1

zu 6 Berichte

keine

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**zu 7.1 Antrag der Fraktion BfL - Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger bei der Straßenreinigungsgebühr - VO/2017/05295
Vorlage: VO/2017/05470**

Der Vorsitzende fasst zusammen: Der Ausschuss empfiehlt, dass sich dieser Antrag mit der Entscheidung zu Punkt 5.2. (3. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck vom 1. Dezember 2014 und Neufassung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung mit Wirkung 01.01.2017 Vorlage: VO/2017/05433) erledigt habe.

In der Diskussion zu Punkt 5.2. wurde sich darauf geeinigt, dass die neu zu beschließende Satzung auf alle Bürgerinnen und Bürger angewendet werden solle.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss nimmt den Antrag zur Kenntnis ohne Votum.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

keine

zu 9 **Verschiedenes**

Baugebiet „Geniner Ufer“

Hr. Quirder fragt zum Projekt „Geniner Ufer“ nach, mit welchen Kosten bei der Erschließung für dieses Gebiet zu rechnen sei. Herr Dr. Verwey führt aus, dass Mischwassereinleitungen in Lübeck ein echtes Problem darstellen. Derzeit sind die EBL dabei, ein Mischwasserkonzept mit einer langfristigen Planung (20 Jahre) zu erstellen. Das sei für solche Baugebiete relevant. Herr Dr. Verwey schlägt zu diesem Thema eine separate Sitzung vor, auf der er ausführlich auf das Thema eingehen kann. Herr Senator Hinsen merkt an, dass dann nicht nur über die Kosten, sondern auch über mögliche technische Lösungen gesprochen werden könne.

Öffentliche Toilette Stadtpark

Mit diesem Thema werde sich in den Ausschüssen und in der Bürgerschaft beschäftigt. Es stellt sich die Frage, wer für den Bau zuständig sei und wer diesen bezahle.

Herr Dr. Verwey erklärt, dass im Falle eines entsprechenden Beschlusses die EBL für die Errichtung zuständig seien gegen entsprechende Bezahlung. Das Budget liege aber beim FB 3. Herr Senator Hinsen bestätigt diese Aussage. Ob es andere Möglichkeiten gebe, müsse geprüft werden.

Der Vorsitzende erklärt nach Prüfung der Tagesordnung, dass im nichtöffentlichen Teil keine seniorenrelevanten Angelegenheiten anfallen. Die Vertreterin des Seniorenbeirates verlässt die Sitzung.

Der Vorsitzende stellt um 18.49 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

zu 15 **Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende erklärt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung **3 Beschlüsse** gefasst worden seien und schließt die Sitzung um **19.00 Uhr**.

Lübeck, den 15. Dezember 2017

Henri Abler
Vorsitzender

Kerstin Köneke
Protokollführung